

Konzept für ein Bundesamt für Frieden

Dem Frieden mehr Gewicht geben!

1. Ausgangslage

1.1. Empörung und Idee: Die Erleichterung der Waffenexporte aus der Schweiz durch das Eidgenössische Parlament im März 2014 hat in der *Integralen Politik* (IP) eine grosse Empörung und Diskussion ausgelöst. Anstelle einer kurzfristigen Demonstration entstand der langfristige Plan, dem Frieden mehr Gewicht zu geben – zum Beispiel durch ein *Bundesamt für Frieden!*

Vertiefung und Aktualisierung der schweizerischen Friedenstradition mittels eines Bundesamtes für Frieden, dessen Aufgaben die Förderung des Friedens und Pflege einer Friedenskultur sind.

1.2. Frieden - Eine Vision für die Schweiz

Jedes Volk braucht Visionen und Aufgaben, um daran zu wachsen, sich zu entwickeln und einen konstruktiven Beitrag für die Völkergemeinschaft zu leisten. Die Schweiz hatte das enorme Glück, von Weltkriegen verschont zu bleiben. Die Menschen in der Schweiz haben jetzt die Chance, an ihre *humanitäre Tradition* anzuknüpfen, und diese zu vertiefen. Weltweit schaffen religiöse Konflikte und Kriege, Armut und Migration, Wasser- und Ressourcenmangel sowie der Klimawandel ein gewaltiges Konfliktpotenzial.

Die Kraft des Friedens ruht in jedem Menschen. Schon in früher Kindheit soll dieser Same zum Keimling erweckt werden. Durch Friedensausbildung und -erziehung soll ein Bewusstsein für die Kraft des Friedens erzeugt und entwickelt werden, deshalb soll die Friedensausbildung und gewaltfreie Konfliktlösung auch in den Schulen mehr Gewicht erhalten. Mit einem *Bundesamt für Frieden* schaffen wir Handlungsmöglichkeiten, um diesen Herausforderungen konstruktiv zu begegnen – wir können etwas tun!

Die Schweiz engagiert sich für die nationale Förderung einer Kultur des Friedens, indem sie eine entsprechende Institution schafft, die diesem Ziel dient. Durch eine solche Institution gewinnt auch die friedenserhaltende und friedensstiftende Tätigkeit der Schweiz gegen aussen an Kraft und Wirksamkeit!

1.3. Ziel des Konzepts: Dieses Konzept soll das Projekt unter verschiedenen Gesichtspunkten möglichst kompetent betrachten und gleichzeitig offen für weitere Lösungsmöglichkeiten bleiben.

Es dient als Diskussionsgrundlage und soll – durch den Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern von Friedensorganisationen und aus der Politik – laufend weiterentwickelt werden.

2. Einschätzungen, Rahmenbedingungen und Interessen

2.1. Sicherheitslage Schweiz: Die Schweiz befindet sich zurzeit in einer ruhigen und stabilen Sicherheitssituation. Diese für die heutige Welt ausserordentliche Lage verdankt die Schweiz der europäischen Integration (EU), welche einen bewaffneten Konflikt in Westeuropa für die vorhersehbare Zukunft unwahrscheinlich macht. Dies steht in scharfem Kontrast zu vielen anderen Regionen der Welt, wo Konflikte offen (Ukraine, Naher und Mittlerer Osten) oder latent (Afrika, Südasien und Ferner Osten) vorhanden sind.

Eine Armee, die unter den heutigen Bedingungen zu stark auf militärische Verteidigung ausgerichtet ist, wird von immer mehr Menschen in Frage gestellt.

2.2. Schweizer Friedensförderung in der Welt: Als neutrales Land beruft sich die Schweiz auf eine lange humanitäre Tradition (Rotes Kreuz, Genfer Konventionen, Mitwirkung im Menschenrechtsrat usw.) und auf ein aktives Engagement in der Welt (zum Beispiel „gute Dienste“ anbieten). Die Schweiz hat sich 2002 entschieden, Mitglied der Weltorganisation UNO zu werden und setzt sich dort friedensfördernd ein.

Eine Intensivierung und Erweiterung der Friedensförderung kann die Identität der Schweizer Bevölkerung als friedensförderndes Volk stärken.

2.3. Die schweizerische Friedenstradition weiterentwickeln: Durch die historische Erfahrung mit Dialog, Sprachen- und Kulturvielfalt, gegenseitiger Unterstützung und Dezentralisierung wurde die Schweiz zu einem Beispiel für die Welt.

Die Zeit ist reif, Friedensarbeit auch im Inland zu vertiefen. Das Milizprinzip der Schweizer Armee für die militärische Verteidigung kann auch auf die Friedenskultur übertragen werden. Jeder Mensch kann zur Transformation von Konflikten beitragen.

2.4. Friedenskultur: Frieden betrifft die Wechselwirkungen zwischen den Haltungen und Einstellungen (innerlich), dem Sozialverhalten (zwischenmenschlich) und den Verhältnissen (strukturell) sowie die gegenseitige Beeinflussung dieser drei Dimensionen.

Um nachhaltig Frieden zu schaffen, braucht es nicht nur die Förderung des friedlichen Verhaltens Einzelner, oder nur die gewaltmindernde Umgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse, sondern auch die Entwicklung des eigenen Weltbildes zu mehr Offenheit, Toleranz, Friedfertigkeit und Mitgefühl, also einer Friedenskultur.

Dies umfasst die Entwicklung von Dialog-Fähigkeiten, einen souveränen und kreativen Umgang mit Konflikten sowie eine Ausweitung und Vertiefung der Sicht auf die Welt. Dadurch lernen wir, besser mit den komplexen Problemen der Welt umzugehen und nachhaltige sowie integrierende Lösungen zu finden. Dies dient nicht nur der Sicherheit und der Prävention von Gewalt und deren Deeskalation, es wirkt auch bereichernd und nachhaltig auf das gesellschaftliche Umfeld, welches dann wiederum einen positiven Einfluss auf das Innenleben des Individuums hat. So stehen diese Dimensionen in einer Wechselwirkung zueinander.

In der Schweiz ist eine koordinierte Arbeit für eine vertiefte inländische Friedenskultur noch in den Anfängen oder fehlt weitgehend. Angesichts der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich und der hohen Migration ist es notwendig, eine Friedenskultur aufzubauen, die es ermöglicht, mit den heutigen Herausforderungen konstruktiv umzugehen.

2.5. Interkultureller Friede: Die weltweit bestehenden Verflechtungen machen deutlich, dass die einzelnen Länder keine isolierten Einheiten von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung mehr sind. Klimabedingte Nöte und Bürgerkriege in fernen Ländern führen unter anderem zu Flüchtlingsströmen, die auch im Alltag der Schweiz zunehmend spürbar werden. Friedensarbeit bedeutet auch hier ein koordiniertes Vorgehen mit Prävention, Hilfeleistungen und Bildung.

Die aktuelle Friedensarbeit bedarf noch vermehrter Dialogkompetenz, Koordination und Massnahmen zur Gewaltprävention.

2.6. Ökonomische Vorteile: Ein Amt, in dem die Friedensförderung und Friedenskultur koordiniert und entwickelt werden, ist auch eine ökonomisch sinnvolle Investition. Die Spannungen in unserer Welt und Gesellschaft belasten unsere staatlichen Systeme stark. Krieg und die innerstaatlichen Kosten von Justiz, Polizei und Justizvollzugsanstalten sowie diejenigen von psychosozialen Diensten, Schulen, Spitälern und anderem legen nahe, dass wir nachhaltige Strategien für die Friedensförderung und eine Kultur des Friedens umsetzen. Diese finden wir zum Beispiel bei alternativen Formen der Konflikttransformation wie „Restorative Justice“ (versöhnliche, friedvolle Justiz) und in den vertieften Friedensausbildungen.

Es ist zukunftsweisend, in die Friedensarbeit zu investieren. Hier gibt es viele Forschungen, die zeigen, dass kleine Investitionen in Friedensprojekte auch grosse ökonomische Resultate bringen (zum Beispiel *Global Peace Index* und andere Forschungen des *Institute for Economics and Peace*). Arbeit an der Verhinderung von Krieg und einer Kultur des Friedens hat gleichzeitig durch bessere Kommunikation und effektivere Lösungen eine positive Auswirkung auf die Wirtschaft. Zusätzlich sehen wir, dass unsere wirtschaftlichen und politischen Systeme ihre Grenzen zeigen und wir Räume und Fähigkeiten benötigen, um kreative Lösungen für eben diese politischen und wirtschaftlichen Systemprobleme zu finden.

Friedensförderung und Friedenskultur sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft, deren ökonomischen Vorteile durch die Forschung belegt sind.

3. Vorschlag: Vom VBS zum VFBS

3.1. Mehr Frieden: Friedensförderung ist bereits heute ausdrücklich eine Aufgabe der Schweizer Armee. Deshalb ist es naheliegend, das *Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)* zum *VFBS*, einem *Departement für Verteidigung, Frieden, Bevölkerungsschutz und Sport* zu erweitern. Wie im Armeebericht vom Oktober 2010 festgehalten wird, soll Friedensförderung qualitativ und quantitativ verstärkt werden.

Im VFBS – dem Departement für Verteidigung, Frieden, Bevölkerungsschutz und Sport – soll die Friedensarbeit ebenbürtig zu den Gebieten Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gewichtet werden. Ein neu zu schaffendes Bundesamt für Frieden gewährleistet vermehrte Friedensförderung im Ausland und eine Vertiefung der Friedenskultur im Inland.

3.2. Eine Chance für eine neue Legitimität der Armee: Die Schweizer Armee war lange eine Institution, welche eine grosse Akzeptanz bei der Bevölkerung genoss. Es ging früher darum, ein kleines, demokratisches und später neutrales System innerhalb eines gewalttätigen Europas zu schützen. Diese Situation hat sich seit den 1970er Jahren allmählich, aber grundsätzlich verändert. Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung ist gegenüber der Armee kritisch eingestellt: Diese Institution sei rückwärtsgewandt (Réduit-Denken des 2. Weltkriegs), ineffizient, unnützlich und/oder eine unerhörte Verschwendung von Zeit und wertvollen Ressourcen. Ein *Bundesamt für Frieden* kann die Armee in ihren friedensfördernden Aufgaben unterstützen.

Durch eine verstärkte Ausrichtung auf Friedensförderung – zum Beispiel durch Einsätze freiwilliger Soldaten bei UNO-Friedensoperationen – kann die Armee wirksamer den Bedürfnissen der Weltgemeinschaft entsprechen und aktuelle praktische Erfahrungen gewinnen, die sie in einem rein abstrakten und theoretischen Umfeld nicht bekommen kann. Die Armee gewinnt so wieder sinnvolle Legitimität und breitere Akzeptanz.

3.3. Koordination: Friedensarbeit wird bereits in verschiedenen Departementen geleistet:

- Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)**
 - Fachstelle für Rassismusbekämpfung
 - Eidgenössische Kommission gegen Rassismus
- Eidgenössisches Amt für Auswärtige Angelegenheiten (EDA)**
 - Abteilungen Sicherheitspolitik und menschlichen Sicherheit
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

- **Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)**
 - Staatssekretariat für Migration
 - Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
 - Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
 - Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel

Ein *Bundesamt für Frieden* soll die Zusammenarbeit dieser Ämter sicherstellen und optimieren. Letztlich dient ein solches Bundesamt dem Austausch und der Vernetzung zwischen kantonalen Behörden und privaten Friedensorganisationen sowie als nationale Plattform.

Koordination ist sowohl für die Friedensförderung im Ausland als auch für den Aufbau einer vertieften Friedenskultur im Inland notwendig, um Kräfte zu bündeln, Synergien zu nutzen, Friedensbildung zu harmonisieren und Ressourcen effizient einzusetzen.

3.4. Beständigkeit durch Institutionalisierung: Um nachhaltig und dem Wandel der Zeit angepasst arbeiten zu können, muss Friedensarbeit kontinuierlich geleistet werden. Private Organisationen können diese Kontinuität nicht immer gewährleisten. Deshalb – und für die vertiefte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure – bedarf es der verstärkten Institutionalisierung.

Ein Bundesamt für Frieden schafft durch klare Strukturen nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten für Friedensförderung und Friedenskultur.

3.5. Mögliche konkrete Aufgaben für ein Bundesamt für Frieden

Die Aufgaben des Bundesamtes beziehen sich sowohl auf die nationale als auch auf die internationale Ebene. Die Konkretisierung geschieht durch die heutigen Verantwortungsträger und kann sich auf folgende Hauptthemen beziehen:

- Unterstützung für bestehende Ämter, Projekte und Organisationen
- Koordination, Vernetzung, Austausch im In- und Ausland
- Bildung und Weiterbildung
- Forschung und Zusammenarbeit

4. Wichtig in der Friedenskultur

4.1. Dialogfähigkeit: Trotz internationaler Sicherheit (geringe Kriegsgefahr) und interner Stabilität (soziale Gerechtigkeit) gibt es Gewalt und soziale Spannungen in der Schweiz. Undifferenzierte Weltanschauungen und Vorurteile, die im Zusammenhang mit ungerechtem sozialem Verhalten und ungleichen ökonomischen Bedingungen stehen, führen zu Benachteiligung, Rassismus, Kriminalität und Spannungen in unseren Beziehungen. Im Alltag erleben wir psychologische, sexuelle, moralische und andere Arten von Gewalt – zum Beispiel Ausgrenzung von Flüchtlingen –, die unser Leben belasten. Diese Gewalt entsteht auch aus mangelnder Fähigkeit zum Dialog, verbunden mit der Unfähigkeit, verschiedene Perspektiven einzunehmen und gleichzeitig zu würdigen. Voraussetzung dafür ist ein gesundes Selbstbewusstsein, welches ermöglicht, eigene Bedürfnisse zu formulieren, ohne sie um jeden Preis durchsetzen zu müssen. So entsteht ein situativ geprägtes Miteinander, in welchem die Erfüllung verschiedener Anliegen und Bedürfnisse ausgehandelt werden kann.

Dialog- und Demokratiefähigkeit sind nicht flächendeckend etabliert.

4.2. Konflikt als Chance: Konflikte gehören zum menschlichen Dasein. Sie sind ein Motor für Veränderungen. Einzig die Art und Weise, wie mit Konflikten umgegangen wird, kann problematisch sein. Gewalt in allen Formen ist die Konsequenz der Unfähigkeit, Konflikte als Impulsgeber für neue Lösungen zu sehen. Die Komplexität der Herausforderungen unserer Zeit verlangt, dass wir die Fähigkeiten entwickeln, die Kreativität und Vielfalt zu nutzen.

Es geht um die Fähigkeit zu souveräner Offenheit, die es erlaubt, verschiedene Perspektiven einzunehmen und Konflikte als Chance zu vertiefter Auslotung von Themen zu nutzen, statt sie nur als ein zu vermeidendes Übel zu betrachten.

5. Projektverantwortung und Aufgaben

Für die Weiterentwicklung des Projekts ist eine Erweiterung der Projektgruppe notwendig. Diese besteht zurzeit mehrheitlich aus Mitgliedern der IP, welche sich seit dem Sommer 2014 damit befassen. Das vorliegende Konzept basiert auf Internet- und Literaturrecherchen, sowie Interviews mit erfahrenen Friedensengagierten. Für folgende Aufgabenbereiche werden nun Mitwirkende gesucht:

5.1. Organisation, Leitung, Koordination: Sitzungsplanung, Protokolle, Betreuung einer Dropbox, Zusammenarbeit mit allen anderen Ressortleitern/-innen, deren Bedürfnisse erkennen und den Stand der Arbeiten festhalten.

5.2. Vernetzung: Zusammenarbeit mit bisherigen Friedensorganisationen, Parlamentariern und Parlamentarierinnen sowie diversen Behörden.

5.3. Konzept: Laufende Weiterentwicklung des Konzepts, weitere Recherchen zwecks Fundierung der Argumente und Ausarbeitung eines Umsetzungsplanes.

5.4. Kommunikation: Aufbau der Medienarbeit, Website, inklusive Socialmedia-Kanälen, Informationsanlässen, Website-Informationen.

6. Unterstützung

Dieses Konzept wurde im Rahmen folgender Verbände erarbeitet und wird getragen von

Integrale Politik – IP: www.integrale-politik.ch

GAMIP – Global Alliance for Ministries and Infrastructures for Peace: www.gamip.org

Stiftung für integrale Friedensförderung: www.integrale-friedensfoerderung.ch

Wir freuen uns auf weitere Unterstützung und die Zusammenarbeit mit Organisationen und Menschen, denen neue Wege in der Friedensförderung und Friedenskultur wichtig sind!